

Europäische Menschenrechtskonvention

Grabenwarter / Pabel

8. Auflage 2026
ISBN 978-3-406-82065-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Grabenwarter/Pabel
Europäische Menschenrechtskonvention


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europäische Menschenrechtskonvention

Ein Studienbuch

von

Dr. Dr. Christoph Grabenwarter

Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien
Präsident des Verfassungsgerichtshofs Österreich

und

Dr. Katharina Pabel

Professorin an der Wirtschaftsuniversität Wien

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

8. Auflage 2026



Zitiervorschlag: Grabenwarter/Pabel EMRK § 12 Rn. 3

**beck-shop.de**

beck.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN PRINT (C.H. Beck) 978 3 406 82065 6

ISBN PRINT (Helbing Lichtenhahn) 978 3 7190 4984 3

ISBN PRINT (MANZ) 978 3 214 26150 4

Dieser Titel ist auch als E-Book erhältlich.

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH, Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

chbeck.de/nachhaltig

produksicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 8. Auflage

Die Europäische Menschenrechtskonvention bildet als menschenrechtlicher Vertrag, der schon kurz nach dem Ende der Gräueltaten der NS-Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkriegs abgeschlossen wurde, noch heute, mehr als 75 Jahre später, eine Grundlage für die Friedensordnung in Europa. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) trägt mit seiner Rechtsprechung, die für alle Konventionsstaaten verbindlich ist, erheblich zur Wirksamkeit der Menschenrechte bei. Einzelne Entwicklungen der Rechtsprechung und manche Entscheidungen mögen kritikwürdig sein. Das Konventionssystem als solches, das jeder Person in den Staaten des Europarates die Möglichkeit gibt, sich mit ihrer Beschwerde an den EGMR zu wenden, ist aber nicht in Frage zu stellen.

Nach wie vor bewältigt der Straßburger Gerichtshof jedes Jahr eine große Anzahl von Fällen. So weist die Statistik für das Jahr 2025 mehr als 900 Urteile und ca. 31.500 Beschlüsse über die Unzulässigkeit von Beschwerden aus. Bei der Erfassung der Judikatur wird berücksichtigt, dass sich der Gerichtshof regelmäßig auf seine Vorjudikatur bezieht und für eine Reihe von Auslegungsfragen Formeln und für Abwägungsfragen Kriterien entwickelt. Rechtsprechungslinien werden so trotz der Einzelfallbezogenheit jeder Entscheidung erkennbar und künftige Entscheidungen vorhersehbarer. Die vom EGMR auf der Website unter der Überschrift „Knowledge Sharing“ zur Verfügung gestellten Informationen unterstützen die Erfassung der Judikatur, deren kritische Analyse zentraler Inhalt des vorliegenden Lehrbuchs ist. Feststellen lässt sich, dass der Gerichtshof vor allem in den 1990er Jahren und zu Beginn dieses Jahrhunderts Rechtsprechungslinien gezogen hat, auf die er nach wie vor aufbaut und die er laufend ergänzt.

Die Umstellungen, die die Vorbereitung der Online-Version des Lehrbuchs notwendig macht, haben uns veranlasst, ältere Beispiele aus dem Text zu streichen und die Hinweise auf das Schrifttum zu kürzen. Auf diese Weise soll das Buch sowohl in gedruckter als auch in digitaler Form gut lesbar bleiben und sein Umfang trotz der regen Entscheidungstätigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte konstant bleiben.

Die Erstellung der Neuauflage wäre ohne die Unterstützung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht möglich gewesen. Wir danken daher den Teams beider Lehrstühle für ihren engagierten Einsatz, insbesondere Dr. Caroline Lechner-Hartlieb, Maria Braunsberger LL.M., Stefan Bruckmüller LL.M., Lisa Groß LL.M., Mag. Lucas Haring, Mag.^a Julia Kern, Angela Lintner LL.M., Victor Malhotra LL.M., Mag. Ege Onay, Katharina Ornetzmüller LL.M., Mag. Marjan Osojnik und Elissa Tschachler LL.M.

Wien, im März 2026

*Christoph Grabenwarter
Katharina Pabel*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort der 1. Auflage

Am 3. September 2003 werden genau fünfzig Jahre vergangen sein, seit die Europäische Menschenrechtskonvention in Kraft getreten ist. Vor bald fünf Jahren wurde ihr Rechtsschutzsystem mit der Einrichtung eines neuen ständigen Gerichtshofs grundlegend neu gestaltet. Diese beiden Umstände sind äußere Zeichen für die Bedeutung und den Erfolg der EMRK. Der Bedeutungszuwachs dieses internationalen Menschenrechtsvertrags seit dem Jahr 1990 manifestiert sich aber noch in einigen weiteren Entwicklungen. Zum Ersten wurde die Grenze des Gebiets jener Staaten, die Mitglieder sind, vom ehemaligen „Eisernen Vorhang“ weit über das geographische Europa hinaus in den Kaukasus hinein und bis an den Pazifik verschoben, im „Europäischen Menschenrechtsraum“ leben heute rund 800 Millionen Menschen. Zum Zweiten hat die Rechtsprechung des Menschenrechtsgerichtshofs in diesem Zeitraum in einem Maße zugenommen und eine Breite wie Tiefe erreicht, dass nahezu alle Bereiche der nationalen Rechtsordnungen von ihr betroffen sind. Zum Dritten haben fast alle Mitgliedstaaten die EMRK auf die eine oder andere Weise auch innerstaatlich zum verbindlichen und unmittelbar geltenden Maßstab gemacht. Und viertens schließlich gewinnt die EMRK über das Recht der Europäischen Union an Bedeutung: Seit dem Vertrag von Maastricht findet sich ein ausdrücklicher Verweis auf die EMRK im heutigen Art. 6 Abs. 2 des Unionsvertrages; der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften nimmt mehr und mehr auf die EMRK und die Rechtsprechung des EGMR Bezug; und die Grundrechte-Charta nimmt schließlich den „acquis conventionnel“ gleichsam in sich auf.

Dementsprechend verwundert es nicht, dass die EMRK auch in der Lehre an den Universitäten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gleichermaßen an Bedeutung gewonnen hat. Das vorliegende Buch soll eine Grundlage für das Studium der Grund- und Menschenrechte im Allgemeinen bilden, aber auch den Einstieg in die spezialisierte Befassung mit der EMRK erleichtern. Darüber hinaus soll es aber auch der Praxis einen Einblick in das weltweit erfolgreichste System des internationalen Menschenrechtsschutzes geben und weiterführende Hinweise auf Rechtsprechung und Literatur bieten.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	V
Aus dem Vorwort der 1. Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der Abkürzungen der Mitgliedstaaten	XXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIX

1. Teil. Die EMRK als völkerrechtlicher Vertrag

§ 1. Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Europäischen Menschenrechtskonvention	1
§ 2. Die EMRK im Völkerrecht	4
I. Vom völkerrechtlichen Menschenrechtsschutz zur europäischen Menschenrechtsverfassung	4
II. Kernbestand von Rechten und stufenweise Ergänzung durch die Zusatzprotokolle	7
III. Die Vorbehalte nach Art. 57 EMRK	7
1. Allgemeines	7
2. Voraussetzungen der Gültigkeit	8
IV. Suspendierung im Notstandsfall	10
1. Allgemeines	10
2. Voraussetzungen der Suspendierung	11
3. Notstandsfeste Rechte	12
4. Verfahren	13
V. Das Günstigkeitsprinzip und der gleichwertige Grundrechtsschutz	13
1. Allgemeines	13
2. Der Inhalt des Günstigkeitsprinzips	14
§ 3. Die EMRK im Recht der Mitgliedstaaten	15
I. Die Stellung der EMRK im Recht der Mitgliedstaaten	15
1. Die EMRK im Verfassungsrang	16
2. Die EMRK im Rang zwischen Gesetz und Verfassung	16
3. Die EMRK im Gesetzesrang	17
a) Allgemeines	17
b) Die Rechtslage in Deutschland	19
II. Typologie der Einwirkungen der EMRK auf das Recht der Mitgliedstaaten	23
§ 4. Die EMRK und das Recht der Europäischen Union	25
I. Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der EU-Mitgliedstaaten nach der EMRK	26
II. Die EMRK und die Grundrechte-Charta	27
1. Der Einfluss der EMRK auf den Inhalt der Grundrechte-Charta	27
2. Das Verhältnis zwischen EMRK, Grundrechte-Charta und nationalen Verfassungen nach Art. 52 und 53 GRC	27
III. Die Grundrechte der EMRK als „allgemeine Grundsätze“	28
IV. Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK	29

§ 5. Allgemeine Fragen der Auslegung der EMRK	32
I. Besonderheiten der Wortlautinterpretation: Authentische Sprachen statt Staatssprache	33
II. Besonderheiten der historischen Interpretation	34
III. Besonderheiten der systematischen Interpretation	35
1. Das Regelungsumfeld der EMRK	35
2. „Autonome Interpretation“	36
IV. Besonderheiten der teleologischen Interpretation	40

2. Teil. Verfahrensrecht und Organe der EMRK

1. Kapitel. Organisation und Struktur des EGMR

§ 6. Entwicklung	42
§ 7. Die Richter	43
§ 8. Die Gliederung des Gerichtshofes	45
I. Allgemeines	45
II. Die Einzelrichter	46
III. Die Dreier-Ausschüsse	47
IV. Die Kammern	47
V. Die Große Kammer	48

2. Kapitel. Das Beschwerdeverfahren vor dem EGMR

§ 9. Die Individualbeschwerde	49
I. Gegenstand der Beschwerde	49
II. Form der Beschwerde	50
III. Prozessvertretung	53
§ 10. Die Staatenbeschwerde	53
I. Gegenstand der Beschwerde	53
II. Form der Beschwerde	54
§ 11. Das Gutachtenverfahren	55
§ 12. Maßnahmen zur Sicherung der Effektivität von Beschwerden	57
I. Vorläufige Maßnahmen („interim measures“)	57
II. Vorrangige Behandlung von Beschwerden („priority cases“)	60
III. Dringliche Mitteilung („urgent notification“)	61
§ 13. Ablauf des Verfahrens	61
I. Der äußere Verfahrensablauf	61
II. Die Prozessvoraussetzungen im Verfahren der Individualbeschwerde	63
1. Die Partei- und Prozessfähigkeit	63
a) Natürliche Personen	63
b) Juristische Personen und Personengruppen	65
2. Die Opfereigenschaft des Beschwerdeführers	66
3. Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	72
a) Vertikale Rechtswegerschöpfung	74
b) Horizontale Rechtswegerschöpfung	79
4. Wahrung der Beschwerdefrist	80
III. Sonstige formelle Gründe der Unzulässigkeit einer Beschwerde	83
1. Anonymität der Beschwerde	84

2. Res iudicata und Litispendenz	84
3. Missbrauch des Beschwerderechts	86
IV. Die inhaltliche Prüfung der Beschwerde im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung	87
1. Unvereinbarkeit der Beschwerde mit der Konvention	87
a) Ratione personae	87
b) Ratione loci	89
c) Ratione temporis	89
d) Ratione materiae	89
2. Offensichtliche Unbegründetheit der Beschwerde	90
3. Unzulässigkeit wegen Geringfügigkeit des Nachteils	92
V. Drittbeteiligte	94
VI. Prüfung der Rechtssache und Ermittlung der Tatsachen	96
VII. Gütliche Einigung	97
VIII. Streichung der Beschwerde	99
IX. Die Zuständigkeit der Kammern	101
1. Beginn des Verfahrens vor der Kammer	101
2. Abgabe an die Große Kammer durch die Kammer	101
3. Verweisung an die Große Kammer auf Antrag einer Partei	102
X. Mündliche Verhandlung	103
XI. Besonderheiten im Verfahren der Staatenbeschwerde	104
3. Kapitel. Das Urteil des EGMR und seine Wirkungen	
§ 14. Das Urteil des EGMR	106
§ 15. Gerechte Entschädigung und Ersatz der Kosten	109
I. Schadensersatz	110
1. Allgemeines	110
2. Formale Anforderungen und Verfahren	110
3. Materieller Schaden	111
4. Immaterieller Schaden	112
II. Kostenersatz	112
§ 16. Rechtswirkungen und Durchsetzung der Urteile	114
I. Rechtswirkungen der Urteile	114
1. Rechtskraftwirkung	114
2. Orientierungswirkung	117
3. Die Rechtswirkungen der Urteile in Deutschland	118
II. Die Durchsetzung der Urteile durch das Ministerkomitee	121
III. Authentische Interpretation der Urteile durch den Gerichtshof	123
IV. Verfahren bei Verstößen gegen die Befolgungspflicht nach Art. 46 EMRK („infringement proceedings“)	123

3. Teil. Die Garantien der EMRK

1. Kapitel. Grundrechtslehren für die Garantien der EMRK

§ 17. Der Geltungsbereich der Garantien der EMRK	125
I. Persönlicher Geltungsbereich	125
1. Grundrechtsberechtigte	125
2. Grundrechtsverpflichtete	127

II. Räumlicher Geltungsbereich	131
1. Keine Verantwortlichkeit bei extraterritorialen Akten anderer Staaten	132
2. Verantwortlichkeit für extraterritoriale Akte	132
a) Wirksame Kontrolle eines Gebiets	133
b) Befehlsgewalt und Kontrolle durch Staatsorgane	134
c) Ausübung extraterritorialer Gewalt im Gebiet eines anderen Mitgliedstaates	135
III. Zeitlicher Geltungsbereich	135
§ 18. Struktur der Grundrechtsprüfung	137
I. Allgemeines	137
II. Schutzbereich	138
III. Der Eingriff in ein Grundrecht	139
IV. Gesetzliche Grundlage	140
1. Rückführbarkeit der Eingriffsgrundlage auf ein vom Parlament beschlossenes Gesetz	141
2. Zugänglichkeit	141
3. Hinreichende Bestimmtheit der gesetzlichen Grundlage	141
V. Legitimes Ziel	142
VI. Die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs	143
VII. Besondere Beschränkungen der Rechte von Ausländern	149
VIII. Das Missbrauchsverbot des Art. 18 EMRK	150
IX. Besonderheiten bei Justizgrundrechten	152
1. Bestimmung des Schutzbereichs	152
2. Prüfung der Vereinbarkeit mit Organisations- und Verfahrensgarantien des iES	152
3. Das Eingriffs-Rechtfertigungs-Prüfungsschema und Abwägungsvorgänge bei den Justizgarantien	153
4. Grundrechtsverzicht	153
§ 19. Gewährleistungspflichten („positive obligations“)	155
I. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten als Oberbegriff und Ausgangspunkt	155
II. Schutzpflichten	156
1. Allgemeines	156
2. Schutzpflichtdogmatik	157
3. „Drittwirkung“ und Schutzpflichten	158
III. Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	158
IV. Informationspflichten	161
V. Verpflichtungen zur Gewährleistung von Teilhaberechten	161
2. Kapitel. Die Rechte und Freiheiten der EMRK	
§ 20. Fundamentalgarantien	162
I. Recht auf Leben	162
1. Allgemeines	162
2. Schutzbereich	163
3. Eingriffe	165
4. Rechtfertigung	166

a)	Vollstreckung eines Todesurteils	166
b)	Die Ausnahmen des Art. 2 Abs. 2	167
aa)	Tötung zur Verteidigung eines Menschen	169
bb)	Tötung anlässlich der Festnahme	170
cc)	Tötung zur Unterdrückung eines Aufruhrs oder eines Aufstands	171
5.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	171
a)	Schutzpflichten	171
aa)	Strafrechtlicher und zivilrechtlicher Schutz des Lebens	171
bb)	Präventiver Schutz vor Tötungsdelikten	173
cc)	Schutzmaßnahmen bei Lebensgefährdungen durch äußere Ereignisse	174
dd)	Schutzpflichten gegenüber besonders schutzbedürftigen Personen	175
ee)	Schutzmaßnahmen gegenüber Personen im Näheverhältnis zum Staat	177
ff)	Schutz vor häuslicher und familiärer Gewalt	179
b)	Gewährleistungspflichten zur Organisation von Polizeieinsätzen	179
c)	Gewährleistungspflichten zur Untersuchung von Todesfällen	181
II.	Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung	189
1.	Allgemeines	190
2.	Schutzbereich und Eingriffe	191
a)	Folter	191
b)	Unmenschliche Behandlung	193
c)	Erniedrigende Behandlung und Strafe	197
3.	Art. 3 EMRK als absolutes Recht	199
4.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	201
5.	Fallgruppen	204
a)	Polizeieinsätze	205
b)	Behandlung Inhaftierter	206
c)	Misshandlungen durch Private	212
d)	Ausweisung und Auslieferung	213
III.	Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit	220
1.	Allgemeines	220
2.	Verbot der Sklaverei und Leibeigenschaft	221
3.	Verbot der Zwangs- und Pflichtarbeit	222
a)	Begriff der Zwangs- und Pflichtarbeit	222
b)	Die Ausnahmen des Art. 4 Abs. 3 EMRK	224
aa)	Arbeiten in der Haft	224
bb)	Militärdienst	224
cc)	Notstandspflichten	225
dd)	Übliche Bürgerpflichten	225
4.	Verbot des Menschenhandels	226
5.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	227

§ 21. Freiheit und Freizügigkeit	229
I. Garantie der persönlichen Freiheit	229
1. Allgemeines	230
2. Schutzbereich	230
3. Eingriffe	233
4. Zulässigkeit von Eingriffen in die persönliche Freiheit	236
a) Gesetzliche Grundlage	236
b) Einhaltung des innerstaatlichen Verfahrens	237
c) Beachtung des Willkürverbots	238
d) Vorliegen eines Haftgrunds	240
aa) Verurteilung	240
bb) Nichtbefolgung von Gerichtsbeschlüssen oder einer gesetzlichen Verpflichtung	243
cc) Präventiv- und Untersuchungshaft	245
(a) Hinreichender Tatverdacht	246
(b) Gefahr der Begehung einer Straftat	247
(c) Fluchtgefahr	248
dd) Inhaftnahme Minderjähriger	248
ee) Unterbringung von Kranken und Landstreichern	250
ff) Verhinderung des unberechtigten Eindringens in das Staatsgebiet, Abschiebungs- und Auslieferungshaft	253
e) Verbot der Schulhaft	256
5. Rechte der festgenommenen Person	256
a) Informationsrecht	256
b) Haftdauer und richterliche Vorführung	257
c) Recht auf richterliche Haftprüfung	263
d) Entschädigung	267
6. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	267
II. Freizügigkeit	268
1. Allgemeines	268
2. Schutzbereich	268
3. Eingriffe	270
4. Rechtfertigung	272
III. Aufenthaltsgarantien	274
1. Allgemeines	275
2. Verbot der Ausweisung	275
a) Schutzbereich	275
b) Eingriffe	276
c) Rechtfertigung	276
3. Verbot der Kollektivausweisungen	277
§ 22. Rechte der Person	279
I. Schutz des Privat- und Familienlebens	279
1. Allgemeines	280
2. Grundrechtsträger	281
a) Natürliche Personen	281
b) Juristische Personen	281
3. Schutzbereich	282
a) Privatleben	282

aa) Selbstbestimmungsrecht über den Körper	283
bb) Schutz der Privatsphäre	285
cc) Freie Gestaltung der Lebensführung	287
b) Familienleben	289
aa) Das Schutzgut Familie	289
bb) Gewährleistungsumfang	292
c) Wohnung	293
aa) Das Schutzgut Wohnung	293
bb) Gewährleistungsumfang	294
d) Korrespondenz	295
4. Eingriffe	296
a) Privatleben	296
b) Familienleben	299
c) Wohnung	301
d) Korrespondenz	302
5. Rechtfertigung	303
a) Gesetzliche Grundlage	303
b) Legitimes Ziel	306
c) Verhältnismäßigkeit	307
aa) Privatleben	307
bb) Familienleben	312
cc) Wohnung	318
dd) Korrespondenz	320
6. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	323
a) Schutzpflichten	323
b) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	329
c) Informationspflichten	335
7. Fallgruppen	336
II. Recht auf Eheschließung	341
1. Allgemeines	341
2. Schutzbereich	342
3. Eingriffe	344
4. Rechtfertigung	345
III. Recht auf Bildung	347
1. Allgemeines	347
2. Bildungsrecht des Kindes	348
a) Gewährleistungsumfang	348
b) Eingriffe und Rechtfertigung	350
c) Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	352
3. Elternrecht	354
a) Gewährleistungsumfang	354
b) Eingriffe und Rechtfertigung	355
c) Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	357
IV. Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit	357
1. Allgemeines	358
2. Schutzbereich	359
a) Persönlicher Schutzbereich	359

b)	Sachlicher Schutzbereich	359
aa)	Gedanken- und Gewissensfreiheit	359
bb)	Religions- und Weltanschauungsfreiheit	360
3.	Eingriffe	363
4.	Rechtfertigung	366
a)	Gesetzliche Grundlage	366
b)	Legitimes Ziel	366
c)	Verhältnismäßigkeit	368
5.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	371
§ 23.	Politische und gemeinschaftsbezogene Grundrechte	373
I.	Kommunikationsfreiheiten	373
1.	Allgemeines	374
2.	Schutzbereich	375
a)	Die Freiheit der Meinungsäußerung	375
b)	Informationsfreiheit	378
c)	Pressefreiheit	380
d)	Rundfunkfreiheit	381
e)	Kunstfreiheit	382
f)	Wissenschaftsfreiheit	382
3.	Eingriffe	382
4.	Rechtfertigung	386
a)	Gesetzliche Grundlage	387
b)	Legitimes Ziel	388
c)	Verhältnismäßigkeit	391
aa)	Eingriffe in die Freiheit der Meinungsäußerung und Information	393
bb)	Besonderheiten bei Eingriffen in die Pressefreiheit	406
cc)	Besonderheiten bei Eingriffen in die Freiheit des Rundfunks und sonstiger elektronischer Medien	419
dd)	Besonderheiten bei Eingriffen in die Kunstfreiheit und in die Wissenschaftsfreiheit	422
d)	Der Vorbehalt nach Art. 16 EMRK	423
5.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	423
a)	Schutzpflichten	423
b)	Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	424
c)	Informationspflichten	426
II.	Versammlungsfreiheit	427
1.	Allgemeines	428
2.	Schutzbereich	429
3.	Eingriffe	431
4.	Rechtfertigung	432
a)	Allgemeine Eingriffsvoraussetzungen nach Art. 11 Abs. 2 S. 1 EMRK	432
aa)	Gesetzliche Grundlage	432
bb)	Legitimes Ziel	432
cc)	Verhältnismäßigkeit	432
b)	Der Beamtenvorbehalt nach Art. 11 Abs. 2 S. 2 EMRK	435

c) Der Vorbehalt nach Art. 16 EMRK	436
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	436
III. Vereinigungsfreiheit	437
1. Allgemeines	437
2. Schutzbereich	439
3. Eingriffe	441
4. Rechtfertigung	443
a) Gesetzliche Grundlage	443
b) Legitimes Ziel	443
c) Verhältnismäßigkeit	444
d) Der Vorbehalt nach Art. 16 EMRK	449
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	450
IV. Recht auf freie Wahlen	451
1. Allgemeines	451
2. Schutzbereich	453
a) Persönlicher Schutzbereich	453
b) Sachlicher Schutzbereich	453
3. Eingriffe	455
4. Rechtfertigung	456
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	462
§ 24. Verfahrens- und Justizgarantien	463
I. Verfahrensgarantien in Zivil- und Strafsachen	464
1. Der Anwendungsbereich des Art. 6 EMRK	465
a) Entscheidungen über „civil rights“	465
aa) Die Entscheidung über ein „Recht“	465
bb) Der „zivilrechtliche“ Charakter des Rechts	467
cc) Die Entscheidung der „Streitigkeit“ über ein Recht	471
b) Entscheidungen über strafrechtliche Anklagen	473
aa) Der Begriff des Strafrechts	474
bb) Anklage	476
2. Die einzelnen Garantien	478
a) Die Organisationsgarantie: das Entscheidungsorgan „Gericht“	478
aa) „Auf Gesetz beruhend“	479
bb) Unabhängigkeit des Gerichts	481
cc) Unparteilichkeit des Gerichts	484
(a) Subjektive Unparteilichkeit	485
(b) Objektive Unparteilichkeit	487
b) Zugang zu einem unabhängigen und unparteiischen Gericht	493
c) Der Grundsatz des fairen Verfahrens	502
d) Gebot angemessener Verfahrensdauer	511
e) Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens	516
aa) Allgemeines	516
bb) Ausschluss der Öffentlichkeit nach Art. 6 Abs. 1 S. 2 EMRK	517
cc) Die einzelnen Ausschlussgründe	519
(a) Allgemeine Ausschlussgründe	519

(aa) Interesse der Moral	519
(bb) Interesse der nationalen Sicherheit	519
(cc) Interesse der öffentlichen Ordnung	520
(b) Prozessbezogene Gründe	520
(aa) Jugendschutz	520
(bb) Schutz des Privatlebens	521
(c) Ausschlussgründe zugunsten der Rechtspflege	521
dd) Nichtöffentlichkeit wegen Unterbleibens einer mündlichen Verhandlung	522
ee) Das Gebot der öffentlichen mündlichen Verhandlung im Rechtsmittelverfahren	524
ff) Die Veröffentlichung der Entscheidung	526
f) Besondere Verfahrensgarantien im Strafprozess	526
aa) Information über Art und Grund der Beschuldigung	526
bb) Ausreichende Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung der Verteidigung	528
cc) Recht auf Anwesenheit und eigene Verteidigung	529
dd) Waffengleichheit im Zeugenbeweis	536
(a) Fragen an Zeugen und Sachverständige	537
(b) Die Beiziehung von Zeugen	540
ee) Beiziehung eines Dolmetschers	540
ff) Nemo tenetur	541
g) Die Unschuldsvermutung	543
II. Nulla poena sine lege	547
1. Allgemeines	547
2. Anwendungsbereich	549
3. Gewährleistungsumfang	551
a) Prinzip der Gesetzmäßigkeit von Verurteilungen	551
b) Bestimmtheits- und Klarheitsgebot	552
c) Rückwirkungsverbot	554
aa) Strafbarkeit nach innerstaatlichem Recht	554
bb) Strafbarkeit nach internationalem Recht	555
d) Verbot der rückwirkenden Verhängung höherer Strafen	557
III. Das Verbot der Doppelbestrafung und -verfolgung	558
1. Allgemeines	558
2. Anwendungsbereich	558
3. Der Inhalt der Garantie	560
4. Zulässige Beschränkungen der Garantie	562
IV. Das Recht auf Überprüfung von Strafurteilen	563
1. Allgemeines	563
2. Anwendungsbereich	563
3. Gewährleistungsumfang	564
4. Beschränkungen des Rechts	565
V. Das Recht auf Entschädigung bei Fehlurteilen	566
1. Allgemeines	567
2. Voraussetzungen des Entschädigungsanspruchs	567
3. Inhalt des Entschädigungsanspruchs	568

VI. Verfahrensgarantien in Ausweisungsverfahren	568
1. Allgemeines	568
2. Anwendungsbereich	569
3. Die einzelnen Verfahrensgarantien	569
4. Beschränkungen des Rechts	571
VII. Das Recht auf wirksame Beschwerde	571
1. Allgemeines	572
2. Anwendungsbereich	574
3. Gewährleistungsumfang	579
§ 25. Wirtschaftliche Grundrechte	589
I. Eigentumsgarantie	589
1. Allgemeines	590
2. Schutzbereich	592
a) Sachlicher Schutzbereich	592
b) Persönlicher Schutzbereich	596
3. Eingriffe	596
a) Eigentumsentziehungen	597
b) Regelungen der Eigentumsnutzung	598
c) Sonstige Eingriffe	600
4. Rechtfertigung	601
a) Eigentumsentziehungen	601
b) Nutzungsregelungen	607
c) Sonstige Eingriffe	609
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	611
a) Schutzpflichten	612
b) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	613
II. Berufsfreiheit	615
1. Allgemeines	615
2. Schutzbereich und Eingriffe	615
3. Rechtfertigung	617
4. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	618
§ 26. Gleichheitsgrundrechte	618
I. Beschränktes Diskriminierungsverbot	619
1. Allgemeines	619
2. Konkurrenzen	619
3. Anwendungsbereich	621
4. Feststellung einer Diskriminierung	624
a) Ungleichbehandlung von vergleichbaren Sachverhalten	624
b) Differenzierungsgründe	626
5. Rechtfertigung	628
a) Legitimes Ziel	628
b) Verhältnismäßigkeit	630
aa) Allgemeines	630
bb) Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	631
cc) Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache oder der Staatsangehörigkeit	633
dd) Diskriminierung aus religiösen Gründen	635

e) Diskriminierung aufgrund politischer oder sonstiger Überzeugungen	635
ff) Diskriminierung aufgrund der Geburt oder der sozialen Herkunft	636
gg) Diskriminierung aus sonstigen Gründen	637
6. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	642
II. Besonderer Gleichheitssatz in Zusammenhang mit der Ehe	644
III. Das allgemeine Diskriminierungsverbot des 12. ZP EMRK	645
Sachverzeichnis	649

